

Überlegungen zu einer Handlungsorientierung

Vorbemerkung

Mehrfach erhielten wir in der Diskussion den Hinweis, dass unser Papier „Den Gegenangriff organisieren“ eine wichtige Diskussionsgrundlage sei, ihm aber konkrete Ableitungen für das Eingreifen der Partei weitgehend fehlen würden. Um diesem Mangel abzuhelpfen, wollen wir folgende Überlegungen für eine Handlungsorientierung der Partei zur Diskussion stellen, die unseren Vorschlag für ein Krisenaktionsprogramm konkretisieren soll.

In unsere Überlegungen haben wir dabei neben bereits beschlossenen Parteidokumenten auch die „Handlungsorientierung“ einbezogen, die dem vergangenen Parteitag von 10 PV-Mitgliedern vorgelegt, allerdings mehrheitlich nicht beschlossen wurde.

Die Situation der Partei

Die DKP hat zwischen 4 und 5000 Mitglieder – wir sind eine kleine Partei. Unser Durchschnittsalter ist hoch, damit verfügen wir über viel Kampferfahrung. Unsere Verankerung in Betrieb und Gewerkschaft ist gering. Vor allem in den Großbetrieben, den Flaggschiffen betrieblicher Auseinandersetzungen, gibt es nur wenige Mitglieder und Gruppen unserer Partei. Der Großteil der Genossinnen und Genossen – organisiert in Wohngebietsgruppen – trifft die Klasse im Stadtteil, im Wohngebiet und in der Stadt.

Nur ein Teil der Gruppen, im Wesentlichen Wohngebietsgruppen, trifft sich regelmäßig. Nur ein Teil der Gruppen tritt als DKP öffentlich auf und nur ein Teil dieser Gruppen wiederum ist in der Lage, in ihrem Umfeld, ihrem Wirkungsbereich als DKP Politik zu beeinflussen, Menschen in Bewegung zu führen und Abwehrkämpfe mit Zielsetzungen zu initiieren, die potentiell zu gewinnen sind.

Für die Partei als auch für die Klasse und ihre Organisationen ist es in der momentanen Situation entscheidend, Klassenbewusstsein durch Erfahrungen in Klassenkämpfen zu befördern. Dies ist möglich, wenn die Gruppen der DKP ausstrahlende Politik, ein ausstrahlendes Leben entwickeln. Ihnen kommt eine Schlüsselrolle bei der Stärkung der Partei zu – ihre Stärkung muss im Zentrum politischer und organisatorischer Maßnahmen stehen.

Abwehrkämpfe und den Gegenangriff in Kommune und Betrieb organisieren!

In der jetzigen Krisensituation verschärft die herrschende Klasse ihren Kurs, die Krisenfolgen auf die Arbeiterklasse abzuwälzen und die Stellung international agierender deutscher Monopole im zugespitzten weltweiten Konkurrenzkampf auszubauen. Die Auswirkungen wird die deutsche Arbeiterklasse im Betrieb und in den Kommunen konkret zu spüren bekommen. Das Anknüpfen an kommunalen und betrieblichen Konfliktlinien bildet eine reale Chance,

- an den Interessen breiter Teile der Klasse anzuknüpfen. Klassenbewusstsein – und sei es auch nur rudimentär –, dass sich in diesen Abwehrkämpfen herausbilden kann, bildet eine entscheidende Grundlage, um neofaschistischen Kräften, Rassismus, Standortnationalismus und Kriegstreiberei das Wasser abzugaben.
- Kommunistinnen und Kommunisten in diesen Kämpfen als verlässliche Kolleginnen und Kollegen bzw. Bündnispartner zu profilieren und somit auch antikommunistischen Angriffen den Nährboden zu entziehen.
- aufgrund eigener Erfahrungen Spaltungen innerhalb der Klasse in Frage zu stellen und mit einer lähmenden vorherrschenden sozialpartnerschaftlichen Ideologie und Stellvertreterpolitik zumindest punktuell zu brechen.

Angesichts der organisatorischen Verfasstheit der Partei bedarf es im Handeln der Gesamtpartei einer Schwerpunktsetzung in der nächsten Periode, die an den Großteil der Parteigruppen ein Angebot und eine Hilfe darstellt, vor Ort in Klassenkämpfe einzugreifen. Da nur wenige Betriebsgruppen der Partei existieren, müssen wir die politischen Ansatzpunkte im Stadtteil, im Wohngebiet und in den Städten und Kommunen suchen. Diese Schwerpunktsetzung schließt ein, dass Parteigruppen gerade in der jetzigen Krisensituation auch „von außen“ in betriebliche Abwehrkämpfe eingreifen und Genossen, die

als Einzelkämpfer im Betrieb und in der Gewerkschaft agieren müssen, unterstützen. Und diese Schwerpunktsetzung schließt ein, dass alle Gliederungen der Partei an antifaschistischen und antimilitaristischen Kämpfen aktiv teilnehmen und gegen die forcierte antikommunistische Hetze Überzeugungsarbeit leisten.

Eine Kampagne gegen den Klassenkampf von oben in der Kommune

Im Vorschlag für ein Krisenaktionsprogramm schreiben wir: „Städte und Gemeinden werden durch die Krise noch stärker als bisher in die Schuldenfalle getrieben. Sie werden bald mit massiven Leistungseinschränkungen und Preiserhöhungen bei den kommunalen Diensten reagieren. Gesetzlich abgesichert wird der Sozialabbau durch den Beschluss einer sog. Schuldenbremse: Bund und Länder werden schrittweise bis zum Jahr 2016 verpflichtet, die jährliche Neuverschuldung drastisch zu reduzieren. Da ist nichts mehr drin für Soziales.“ Die ersten Beispiele aus Städten und Kommunen bestätigen diese Einschätzung.

- Zwangsumzüge für Hartz IV-Opfer werden mit noch massiverem Druck umgesetzt, so sollen Mittel bei den „Kosten der Unterkunft (KDU)“ eingespart werden.
- Alle Einrichtungen des Breitensports und der Breitenkultur sind von Schließungen bedroht.
- Schulen und Spielplätze verrotten, Zuschüsse für Vereine und Jugendarbeit, für soziale Einrichtungen werden gestrichen.
- Eine weitere Welle der Privatisierung kommunalen Eigentums mit allen Folgen für Bürger und Beschäftigte droht.

Unangetastet bleiben nur die Zinszahlungen an die Banken Zinsen für eine Schuldenfalle, in die die Kommunen bewusst gedrängt werden. Dies ist das Ergebnis einer Politik im Interesse der Banken und Konzerne. Wir sagen: Die Pleite der Kommunen ist gewollt – sie ist Ergebnis des Klassenkampfes von oben.

Diesem Klassenkampf von oben setzt die DKP ihre Forderungen entgegen:

- Zwangsumzüge für ALG II-Bezieher stoppen – vollständige Übernahme der KDU durch die Kommune!
- Instandsetzung von Schulen, Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen – kostenlose Verpflegung für Kinder und Jugendliche aus Erwerbslosenfamilien!
- Neueinstellung von Lehrkräften zur Absenkung der Klassenfrequenz auf max. 20 Schülerinnen und Schüler pro Klasse!
- Stopp jeglicher Sparmaßnahmen in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur, ÖPNV!
- Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge stoppen – Nein zu Public-Private-Partnership – Öffentliche Betriebe in öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle!
- Sozialtickets für höchstens 14,60 Euro (Hartz IV-Regelsatzanteil) zur Nutzung des ÖPNV – Preissenkungen für Rentner, Schüler, Studenten und Auszubildende!
- Einführung einer 10%igen Ausbildungsquote für öffentliche Betriebe und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf!
- Keine Auftragsvergabe an Unternehmen, die Zeitarbeiter beschäftigen, unter Tarif bezahlen und eine 10%ige Ausbildungsquote unterschreiten!
- Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst stoppen – Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich in öffentlichen Betrieben! Verbot von 1-Euro-Jobs!
- Stopp jeglicher Subventionen für Privatinvestoren zum Bau von Prestigeobjekten wie Einkaufspassagen u.ä.
- Anhebung der Gewerbesteuer für Unternehmen!
- Stopp der Zinszahlungen an die Banken durch die Kommunen

Die Kommune ist der Platz, um hier den Widerstand zu entwickeln. Der Widerstand bedarf des Eingreifens der DKP.

- Wir tragen hinein, dass die unterschiedlich Betroffenen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen dürfen. Wir bekämpfen die Ideologie des Sparens, wir sagen „Genug gespart!“.
- Wir zeigen die Ursachen der katastrophalen Situation der Kommunen auf. Wir entlarven die Politik von Bund und Ländern (egal in welcher politischen Konstellation) als Abwälzen der Krisenlasten auf die Menschen im Interesse von Banken und Konzernen.
- Wir entlarven die Politik der Kommunen, die in Leuchttürme und Schaufensterprojekte

- investiert, um mit solch einer „Standortpolitik“ die „Reichen und Schönen“ anzuziehen.
- Wir unterstützen Abwehrkämpfe und kämpfen um deren Zusammenführung.
- Wir initiieren mit den Betroffenen solche Kämpfe.

Wir schlagen vor, dass der 19. Parteitag eine Kampagne im leninschen Sinne beschließt. Um den Gruppen eine reale Unterstützung zu bieten, bedarf es einer politischen, organisatorischen und zeitlichen Konzentration der Partei. Eine solche Kampagne gibt den Gruppen klare und abrechenbare Ziele. Diese Ziele müssen auf das eigenständige öffentliche Auftreten unserer Gruppen als DKP in ihrem örtlichen Wirkungsfeld orientieren, z.B. auf regelmäßige, monatliche Infostände.

Zu Beginn erarbeiten sich die Gruppen einen Überblick über die Kommunalpolitik in ihrem Wohngebiet und leiten Forderungen ab, die in thematischen Schwerpunkten zusammengefasst werden. Aus diesen Schwerpunkten wird dann ein Aktionsgebiet ausgewählt und Aktivitäten geplant. Dazu muss auch ein Überblick über mögliche Bündnispartner erarbeitet werden. Gruppen, die diese Punkte schon erarbeitet haben, planen das verstärkte Auftreten der Partei.

Diese Kampagne muss durch die Leitungen massiv unterstützt werden. Ziel ist, den Gruppen das öffentliche Auftreten so einfach wie möglich zu machen. In dieser Zeit sollen z.B. Musterflugblätter und ein regelmäßiger Artikeldienst für Kleinzeitungen erscheinen. Die Kampagne ist dabei ein Mittel, um die Agitation der Gruppen und der Gesamtpartei über die Kampagne hinaus zu qualifizieren.

Wir brauchen eine permanente Beschlusskontrolle. Nicht, um uns über Schwächen hinwegzutäuschen, sondern um die Schwächen und ihre Ursachen herauszufinden und um diese beseitigen zu können. Die übergeordneten Leitungen haben regelmäßig Kontakt zu den Gliederungen und erarbeiten sich einen Überblick über deren Aktivitäten. Die Bezirke führen zum Ende der Kampagne Konferenzen durch, in der die Erfahrungen zusammengetragen und verallgemeinert werden. Dabei soll die Kampagne sowohl inhaltlich ausgewertet, als auch eine organisationspolitische Bilanz der Kampagne gezogen werden. Auf dieser Basis entsteht ein realistisches Bild der Kampagnenfähigkeit der Partei.

Eine Leitungsaufgabe vor und in der Kampagne muss sein, Pläne zu entwickeln, wie wir die Teilnahme der Mitglieder erhöhen, die in Gruppen organisiert sind. Als Ergebnis der Kampagne werden in den verschiedenen Gliederungen der Partei Diskussionen über die langfristigen Zielsetzungen und Möglichkeiten der Verankerung geführt. Sie münden in Arbeitspläne, die die konkreten Schritte zur Erreichung dieser Ziele umfassen. Fragestellungen für die langfristigen Ziele sind dabei: Wie gelingt eine betriebliche Verankerung? Wie kann sich die Grundeinheit im Wohngebiet verankern? Gibt es Möglichkeiten bei Betrieb- oder Personalratswahlen? -Kann ein kommunales Mandat erkämpft werden? Gibt es eine Kleinzeitung und kann diese weiterentwickelt werden? Welche Initiativen ergreift die Partei in Bündnissen? Wie gewinnt die Partei neue Mitglieder?

In der Kampagne kämpfen wir darum, dass auf jedem Gruppenabend Thema ist, wie und wann die Gruppe in ihrem Wirkungsbereich als DKP öffentlich in Erscheinung tritt.

Wir wollen, dass Gruppen, die bislang nicht nach außen gegangen sind, das in der Kampagne tun und zwar als Gruppe der DKP.

Wir wollen, dass mehr Gruppen sich zutrauen, die örtlichen Probleme aufzugreifen, Menschen zu mobilisieren, für ihre eigenen Rechte zu kämpfen. Hier können die Menschen die DKP initierend, analysierend, strategieentwickelnd, Kampfes- und lebenslustig erleben.

Wir wollen, dass mehr Gruppen auf örtlicher Ebene das sind, was Kommunisten überall sein müssen – ein bewusster Vortrupp im Klassenkampf.

Michi Götze, Günter Klein, Patrik Köbele, Johannes Magel, Renate Münder, Wera Richter, Tina Sanders